



## Mitglieder der Verwaltung

<b>Name</b>	<b>Funktion</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Frau Karliner	Fachgebietsleiterin Personal/Org.	gesamte Sitzung
Herr Uebel	Ltr. Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Pöcker	Fachgebietsleiter Brandschutz,	gesamte Sitzung
Herr Schäfer	Ltr. FB Jugend/Kultur/Schulen/Sport	bis TOP 5.4.
Frau Göbel	Fachbedienstete für das Finanzwesen	öffentl. Teil
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	öffentl. Teil
Frau Weck	Pressesprecherin der Stadt Plauen	bis TOP 2.
Frau Läster	SB Pressestelle	bis TOP 2.
Herr Zobel	FGL Informationstechnik	bis TOP 5.4.

## weitere Sitzungsteilnehmer

<b>Name</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Herr Piontkowski	Vogtlandanzeiger – öffentl. Teil
Herr Selbmann	Freie Presse – öffentl. Teil
Frau Kaiser	Geschäftsführerin Theater – öffentl. Teil
Herr Köhler	langjähriger Betriebsratsvors. Theater - öffentl. Teil
Herr Spindler	Betriebsratsvorsitzender Theater - öffentl. Teil
Frau Wünsche	Fraktion FDP/Initiative Plauen - öffentl. Teil
Herr Wettermann	Bürger - öffentl. Teil
Herr Hühner-Springmühl	Stadtrat Zwickau, Aufsichtsratsmitglied Theater - öffentl. Teil
Herr May	Intendant - öffentl. Teil

## **Tagesordnung:** **öffentlicher Teil:**

1. Eröffnung der Sitzung
- 1.1. Tagesordnung
- 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 43. Sitzung am 07.11.2018
- 1.3. Beantwortung von Anfragen
- 1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
2. Informationen zum Projekt mit der Hochschule für Kommunikation und Design Berlin
3. Vorberatung  
Fortführung des Grundlagenvertrages der Theater Plauen-Zwickau gGmbH unter Berücksichtigung der Ausgestaltung des "Kulturpaktes" mit dem Freistaat Sachsen, sowie der finanzierungskonformen Änderung des Gesellschaftsvertrages  
**Drucksachennummer 878/2018**
4. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

*Vor der Sitzung wurde an die Stadträte und sachk. Einwohner ausgereicht:*

*Änderungsblatt zur Verwaltungsvorlage Drucksachen-Nr. 878/2018  
Fortführung des Grundlagenvertrages der Theater Plauen-Zwickau gGmbH unter  
Berücksichtigung der Ausgestaltung des „Kulturpaktes“ mit dem Freistaat Sachsen,  
sowie der finanzierungskonformen Änderung des Gesellschaftsvertrages*

### **1 . Eröffnung der Sitzung**

Die 44. Sitzung des Verwaltungsausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Zur Mitzeichnung der Niederschrift werden Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, und Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, gebeten.

### **1.1 . Tagesordnung**

Die Tagesordnung für die 44. öffentliche Sitzung des Verwaltungsausschusses wird bestätigt.

### **1.2 . Niederschrift über den öffentlichen Teil der 43. Sitzung am 07.11.2018**

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 43. Sitzung des Verwaltungsausschusses am 07.11.2018 - öffentlicher Teil - fest.

### **1.3 . Beantwortung von Anfragen**

Frau Karliner, Fachgebietsleiterin Personal/Organisation, wird die Beantwortung zur Anfrage von Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen, - Berufsfeuerwehr - nachholen.

### **1.4 . Informationen des Oberbürgermeisters**

keine

## **2 . Informationen zum Projekt mit der Hochschule für Kommunikation und Design Berlin**

Frau Weck, Pressesprecherin der Stadt Plauen, führt anhand einer Präsentation zu Corporate Design aus.

Das Stadtjubiläum 2022 wurde u. a. zum Anlass genommen ein neues Corporate Design für die Stadt Plauen zu entwickeln. Die Verwaltung sieht zum 900. Stadtjubiläum Anlass, ein modernes und zeitgemäßes Corporate anzugehen. Zielsetzung ist eine neue Kommunikationsstrategie mit einheitlichem Erscheinungsbild für alle Marketingaktivitäten der Stadt Plauen wie Logo, Stadtslogan incl. eines Logos für 900 Jahre Plauen. Beginn der Marketingmaßnahmen für 900 Jahre Plauen soll 2020 sein. Bei den Recherchen wurde mit der Design Akademie Berlin Kontakt aufgenommen. Die Akademie für Kommunikation und Design ist eine Private Hochschule, die ein sehr praxisnahes Studium anbietet und deren Unterricht sich auf derartige Projekte bezieht.

Im Oktober gab es einen ersten Besuch von ca. 20 Studenten und 4 Dozenten, um sich einen Eindruck vor Ort zu verschaffen. Es ist Ende des Jahres bzw. Anfang kommenden Jahres ein Treffen in Berlin zum Stand vorgesehen. Im Februar/März 2019 sollen die Ergebnisse präsentiert werden. Ergebnis dieses Projektes soll sein, dass jeder Student die Aufgabe hat, ein Logo, Slogan einschließlich Handbuch zur Anwendung für Plauen zu entwickeln. Die Stadt erhält sämtliche Entwürfe zur Verfügung gestellt einschließlich aller Nutzungsrechte. Zusätzlich entwickelt jeder Student jeweils 3 Maßnahmen aus dem Bereich Print, Digital, 3-D, (Events, Plakatkampagne, online usw.). Die Umsetzung des Konzeptes erfolgt durch Agenturen vor Ort.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass sich durch die Zusammenarbeit mit einer Hochschule ein wesentlicher Kostenvorteil ergibt.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, regt an, das Stadtwappen in das Logo mit einzu beziehen.

Stadtrat Hansjoachim Weiß, CDU-Fraktion, wäre persönlich dafür das Stadtwappen zu erhalten und für die allgemeine Vermarktung ein einheitliches Design anzustreben, ähnlich wie der Vogtlandkreis.

Frau Weck ergänzt, dass das Thema Vogtland auch ein Teil der Aufgabenstellung ist.

**3. Vorberatung  
Fortführung des Grundlagenvertrages der Theater Plauen-Zwickau gGmbH unter Berücksichtigung der Ausgestaltung des "Kulturpaktes" mit dem Freistaat Sachsen, sowie der finanzierungskonformen Änderung des Gesellschaftsvertrages  
Drucksachenummer 878/2018**

Oberbürgermeister Oberdorfer führt in die Thematik anhand einer Präsentation ein. Langfristiges Bestreben ist der Erhalt der Fusion. Die beiden Städte sind voneinander abhängig. Wohlwissend, dass unterschiedliche Voraussetzungen bestehen bezüglich der Größe beider Städte und der besondere Rahmenbedingungen. Durch die Wirtschaftskraft ist die Stadt Zwickau leistungsfähiger.

Der gegenwärtige Vertrag hat bis 2020 Gültigkeit.

Es bestand der Gedanke, den Grundlagenvertrag noch vor der neuen Wahl zu verlängern. Dazu kam das Hilfsangebot durch den Freistaat Sachsen zur Überwindung der Haustarifverträge. Somit wurde es in das Jahr 2018 vorgezogen. Der Haustarifvertrag besteht seit 2004 und wurde letztmalig 2015 verändert und verlängert.

In Gesprächen wurde von den Gewerkschaften klar kommuniziert, dass letztmalig die Einwilligung gegeben wird, dass Tarifverträge in der Weise unterschritten werden.

In seinen Ausführungen geht Oberbürgermeister Oberdorfer auf die gegenwärtige Finanzierung ein und bedankt sich bei der Stadt Zwickau.

Weiterhin merkt er an, dass es nach Auslaufen des Grundlagenvertrages 2020 aus heutiger Sicht eher kein Förderprogramm des Freistaates Sachsens gibt.

Oberbürgermeister Oberdorfer ist bekannt, dass alle Mehrsparten-Fusionstheater in Sachsen das Angebot annehmen wollen bzw. zumindest alle Anträge gestellt haben.

Vergangene Woche hat die Stadt Zwickau mit nur 1 Gegenstimme und 1 Stimmenthaltung die Fortführung, auch zu neuen Bedingungen, beschlossen. Zwickau würde damit nochmal deutlich mehr an Finanzierung übernehmen. Es spricht seinen Dank für das Verständnis für die Stadt Plauen aus, die weniger an Finanzmasse hat und sich darüber hinaus in einer Haushaltskonsolidierung befindet. Der neue Vertrag hat eine Laufzeit von 4 Jahren (bis 2022). Für diese Jahre ist von der jetzigen Landesregierung die Förderung zugesagt. Die Kosten die zum 31.12.2018 anstehen werden zu 70 % gefördert. Mittel- und langfristig müssen sich die Landkreise beteiligen. Durch Herrn Scheurer, Vorsitzender des Kulturkonvents, gibt es deutliche Signale, dass wir auch diese Mehrkosten über den Kulturraum mitfinanziert bekommen. Eine Garantie auf 4 Jahre kann noch nicht gegeben werden.

Vorteile sieht Oberbürgermeister Oberdorfer beim Entfallen der Schließtage und dadurch steigende Einnahmen sowie der Sicherung des Mehrspartentheaters auf 4 Jahre.

Stadtrat Jörg Schmidt, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion, wäre eine öffentliche Diskussion von Anfang an wichtig gewesen. Die CDU-Fraktion steht zum Erhalt des produzierenden Mehrspartentheaters, wissend um die nicht zufriedenstellende Situation der Belegschaft und Angestellten. Trotzdem gibt es große Fragezeichen. Bei der angesprochenen Förderung über den Freistaat kommen auf die Stadt noch finanzielle Aufwendungen zu. Löblich ist die Bereitschaft der Stadt Zwickau.

In Vorfeld gab es Gespräche zwischen den Fraktionsvorsitzenden und Fraktionen, in denen die daran geknüpften Bedingungen Grundlage der Diskussion waren. Diese Gespräche waren sehr aussagekräftig und hier liegt das Problem für unsere Stadträte. Über die finanzielle Beteiligung könnte man gehen, wenn an die Bedingungen des zukünftigen Gesellschaftervertrages wie Änderung des Aufsichtsrates 7:3 nicht geknüpft wären. Dieser Kompromissvorschlag der Städte Plauen und Zwickau hat nicht ausgereicht und es kam nochmals zu Nachforderungen, dass auch die Gesellschaftervertretung geändert werden soll.

Die Fraktion tut sich mit dieser Änderung schwer. Als Plauener ist es schwierig, darüber nicht mehr entscheiden zu dürfen wer als Generalintendant bestellt wird, wie die kulturelle kaufmännische Ausrichtung aussieht u. a. m.

Ein Lösungsvorschlag der Zwickauer Vertreter war eine Sperrminorität. Die getroffenen Regelungen sind nach CDU-Sicht fragwürdig.

Die Fraktion tut sich schwer mit dieser Vorlage, wie sie jetzt aus Zwickau auch nochmals neu no-

velliert worden ist. Es bestehen Bedenken, dass Zwickau maßgeblich bestimmt. Von der CDU-Fraktion kann es an dieser Stelle keine Zustimmung zur Vorlage geben.

Stadtrat Benjamin Zabel, Fraktionsvorsitzender der SPD/Grüne-Fraktion, geht auf die Historie der Theaterfusion ein. In den vergangenen 18 Jahren wurde einiges durch die Stadt Plauen finanziert. Der Verlust der Kreisfreiheit 2008 macht sich einschneidend finanziell bemerkbar. Zumal der Vogtlandkreis die Mittel erhalten und sich an der Finanzierung nicht beteiligt hat. Er warnt davor, an dieser Stelle in eine Diskussion einzutreten, das Theater selbst zu bespielen. 2015 haben wir uns bewusst anders entschieden. Oberbürgermeister Oberdorfer wurde damals mit der Bildung einer Zukunftskommission beauftragt mit Blick auf Ende 2020 zur Frage des Auslaufens des Grundlagenvertrages, der Finanzierung des Theaters und der Ablösung des Haustarifvertrages. Leider hat diese Kommission in den vergangenen 3 Jahren nur 1 Mal getagt.

Die Mittel des Kulturpakts und die Ablösung des Haustarifvertrages hält er für elementar. Der Lohnverzicht der im Theater geleistet wurde ist massiv und Oberbürgermeister Oberdorfer hat darauf hingewiesen, dass der Haustarifvertrag bis 2020 läuft und die Gewerkschaften nicht bereit sind ihn darüber hinaus zu den gleichen Bedingungen abzuschließen. Die Fraktion sieht Gefahr, dass die Ablösung des Haustarifvertrages, die Änderung der Gesellschafterrechte und -anteile dazu führen kann, dass im Zweifelsfall Zwickau Strukturmaßnahmen am Theater durchführen kann, die Stadt kein Mitspracherecht hat und trotzdem einen nicht unwesentlichen Teil des Theaters mitfinanziert. Aus Sicht der Fraktion ist der richtige Weg den Kulturpakt anzunehmen, aber gleichzeitig mit der Stadt Zwickau, deren Stadtrat und den Gewerkschaften ins Gespräch und Verhandlungen zu gehen. Vielleicht auch unter die Prämisse, den Kulturpakt nicht vollständig anzunehmen.

Die Anpassung der Anteile ist ein rein finanzieller Aspekt. In der Vorlage sind die anfallenden Kosten für die Stadt bei einer Beteiligung von 60:40 dargestellt. Es wird schwierig, den Betrag von 800 TEUR in den Haushalt einzustellen.

Eine Möglichkeit könnte sein, nochmals in Verhandlungen einzutreten und sich den bestehenden Gefahren und Bedenken zu stellen und diese gemeinsam mit Zwickau auszuräumen.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass Aufsichtsräte der Gesellschaft verpflichtet sind und nicht den Gesellschafter von dem sie entsandt sind. Er bittet das auch selbst so zu leben.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet Herrn May die Problematik aus Sicht des Intendanten vorzutragen.

Herr May, Intendant, geht in seinen Vorbemerkungen auf die vergangenen Jahre des Theaters hinsichtlich künstlerischer, politischer und finanzieller Fragen ein. Er hat das Gefühl, es gab noch nie eine wichtigere Zeit für diese kulturellen Einrichtungen, die in Deutschland großzügig gefördert werden. In den Orten eine Institution zu haben, die nicht nur künstlerische Angebote macht, sondern auch gesellschaftspolitisch verankert ist. Er geht ferner auf bestehende Kooperationsverträge mit Schulen ein.

Herr May sieht es als einmalige Chance und wünscht ein gutes Ergebnis für die Stadt Plauen und für diesen Standort hier.

Zum Thema führt Herr May aus, dass laut Grundlagenvertrag ein Angebot gemacht und für beide Städte paritätisch geleistet wird. Natürlich ist man einer bestimmten Kritik unterworfen, da die Wahrnehmung unterschiedlich ist. Er betont, dass das Angebot in beiden Städten erfolgt. Es werden prinzipiell keine Einschränkungen gemacht. Herr May führt weiter aus zu den Prämissen, die bei der Aufstellung eines Spielplanes zu beachten sind wie u. a. Zuschauerzahlen, Einnahmen, Räume und das bildungspolitische Angebot. Es gibt Möglichkeiten, Gestaltungsspielräume zu nutzen. Weiterhin informiert er über die Möglichkeiten bei einer Ausschreibung einer Intendantenstelle.

Herr May merkt weiter an, dass stadtspezifische Sonderprogramme wichtig sind wie z. B. die Silvester-Gala (nur in Plauen) oder die Schumann-Gala (nur in Zwickau). Das sind Wünsche die aus den verschiedenen Städten kommen und der Intendant abwägt.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass darüber hinaus auch zukünftig standortspezifische Angebote in Zwickau und in Plauen hergestellt und ausgetauscht werden können, was durch den Grundlagenvertrag abgedeckt ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer verliest § 1 des Grundlagenvertrages und macht darauf aufmerksam, dass er nach wie vor Gültigkeit besitzt.

Stadträtin Claudia Hänsel, Fraktionsvorsitzende Fraktion DIE LINKE., merkt an, dass die Fraktion vieles genauso sieht. Den Ausführungen von Herrn May stimmt sie zu, das hört aber bei dem Spielplan auf. Zwickau hat andere Vorstellungen, was im Spielplan enthalten sein soll. Die Abstimmung zum Spielplan für das kommende Jahr würde dann schon, wenn dieses Konstrukt durchgeht, eher zugunsten von Zwickau ausfallen. Partnerschaft ist für sie auf gleicher Augenhöhe. Es ist keine Partnerschaft mehr. Wenn die Stadt Plauen im Aufsichtsrat unterrepräsentiert ist, erscheint ihr Amt als Aufsichtsratsmitglied für nichtig. Dafür, dass die Stadt kein Mitspracherecht hat, sind 12,5 Mio. EUR recht viel. Keine der beiden Städte kann das Theater aufgeben.

Zu der von Stadtrat Zabel angesprochenen Kommission merkt sie an, dass mittlerweile hier die Messen gelesen sind. Entweder geht es bis 2020 oder 2022. Visionen wie es dann weiter gehen könnte können frühestens 2025 einsetzen.

Für Sie entsteht der Eindruck, Zwickau nimmt das Geld und bestimmt was passiert.

Es kam noch die Frage zu den Mitteln die zur Verfügung gestellt werden.

Es wäre eine Summe pro Jahr von ca. 500 TEUR. Nach der Meinung der Fraktion könnte sich das ergeben aus der Einsparung der Eigenmittel.

Bisher hat der Vorschlag die Fraktion in keiner Weise überzeugt, weil Nachteile für Plauen befürchtet werden.

Wenn wir das Publikum nicht zufriedenstellen, werden die Einnahmen natürlich sinken. Die Fraktion gibt deshalb keine Zustimmung.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, wenn es keine Fortschreibung des Grundlagenvertrages gibt, erfolgt keine Förderung des Freistaates Sachsens zum 01. Januar.

Der Eindruck wäre falsch, dass die Stadt Plauen in den Aufführungen zukünftig schlechter gestellt wird als die Stadt Zwickau. Der Grundlagenvertrag und die Fortschreibung des Gesellschaftervertrages lassen diese Rückschlüsse nicht zu. Wenn es so wäre würde er auf jeden Fall intervenieren.

Stadträtin Hänsel korrigiert: ich habe vorgeschlagen, dass der Aufsichtsrat paritätisch besetzt bleibt unter der Maßgabe, darüber nachzudenken, die Aufführungen auf 70:30 zu verändern. Der Aufsichtsrat bleibt, Aufführungen werden verändert. Das war der Gedanke.

Oberbürgermeister Oberdorfer: Wir bekommen von 32,5 % der Fehlbedarfsmittel ein volles Theaterangebot. Er sagt ausdrücklich herzlichen Dank an die Stadt Zwickau, dass sie uns ein eigenproduziertes Theaterangebot finanziert, was uns selbst in dieser Größenordnung nicht möglich wäre.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, merkt an, dass schon gesagt wurde, dass wir das Theater gerne erhalten und die tarifliche Situation der Mitarbeiter des Theaters ändern wollen. Zu seiner Zeit als Aufsichtsratsmitglied war es sehr harmonisch, was er jetzt persönlich nach den Zukunftsvorstellungen zu diesem Thema nicht mehr so sieht.

Es ist klar geäußert worden, auch von Fraktionen aus Zwickau, wer die Musik bezahlt bestimmt was sie spielen. Weiterhin wurde von mehreren Fraktionen und der Oberbürgermeisterin Frau Dr. Pia Findeiß Strukturmaßnahmen angekündigt. Auf seine Nachfrage erhielt er keine Antwort.

Das Thema betrifft auch unsere Mitarbeiter. Mit Austritt aus dem Tarifvertrag würde ab 01.01. der besondere Kündigungsschutz wegfallen und die Lohnangleichung an den Flächentarifvertrag von dem einen oder anderen Mitarbeiter perspektivisch teuer erkaufte werden.

Der Landeskulturpakt gibt auch die Möglichkeit vor, dass man nur hälftig anpasst, aber dafür den Sonderpunkt Kündigungsschutz erhält. Das wäre zu verhandeln.

Zu den Aufführungen merkt Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik an, dass im Grundlagenvertrag nur „abwechselnd“ geschrieben steht. Das wann, wo und wie oft obliegt dem Intendant und dem Aufsichtsrat.

Weiterhin spricht er die Stammeinlage der Stadt Plauen und die Gesellschafteranteile an.

Die Stimmrechte der Gesellschaft hängen nicht an den Zuschusshöhen sondern an den Gesellschafteranteilen.

Eine große Bedeutung kommt auch dem Wirtschaftsplan zu. Den beschließt nur der Aufsichtsrat, was unter § 2 Zuschuss geregelt ist. Entscheidend ist auch die Personalplanung.

Seine Sorge ist, dass Plauen keinen Einfluss mehr hat.

Er denkt, dass man zur Vorlage - wie sie auf dem Tisch liegt - nein sagt. Nicht um die Fusion zu beenden, aber um neu zu verhandeln und im 1. Halbjahr kommenden Jahres auf einer anderen Basis zusammen kommt. Strukturmaßnahmen wäre eine Basis auf der er sich eine Verständigung mit Zwickau vorstellen könnte, dass wir mehr Geld in die Hand nehmen, die Mitarbeiter häufiger mehr Geld bekommen, nebenbei Kündigungsschutz haben und die Stimmverhältnisse im Aufsichtsrat und Gesellschaftervertrag paritätisch bleiben.

Oberbürgermeister Oberdorfer hat Zweifel, dass der von Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik beschriebene Weg dahingehend erfolgreich sein wird.

Wenn zu diesem Zeitpunkt keine Einigung gefunden wird, hält er es für sehr zweifelhaft, dass es im 1. Halbjahr, verspätet zu der Förderung, eine Einigung geben kann.

Es ist bemerkenswert, wenn Zwickau so viel mehr Geld bezahlt und wir haben die gleichen Leistungen wie die Stadt Zwickau. Dass sich das in der Aufsichtsratsanzahl widerspiegelt und in einer Verteilung der Gesellschafteranteile hält er für normales GmbH-Recht.

Oberbürgermeister Oberdorfer verweist auf den Minoritäten-Schutz.

Weiterhin merkt er an, dass es nicht Beschlusslage ist, über das Strukturkonzept hinaus Maßnahmen zu ergreifen.

Oberbürgermeister Oberdorfer hält es für nicht erfolgreich, das alles zu befürchten, den Beschluss nicht zu ermöglichen und dadurch einen anderen Verlauf zu erhoffen. Wenn das alles so schlimm kommt wird, wie es befürchten wird, ist es nach seiner Ansicht der bessere Weg, dass man die Förderung des Freistaates Sachsen ermöglicht. Wenn Zwickau das nicht so wie wir wollen, dann wird der Vertrag vorfristig aufgelöst und nach neuen Wegen gesucht.

Stadtrat Sven Gerbeth, Fraktionsvorsitzender der Fraktion FDP/Initiative Plauen: Man sollte sich, wie Oberbürgermeister Oberdorfer bereits sagte, auch in die Zwickauer Seite hineinversetzen. Es gibt noch zwei andere wichtige Komponenten, das Publikum und die Belegschaft.

Dem Publikum wird ein produzierendes Mehrspartentheater wichtig sein.

Zur Belegschaft würde er sich wünschen, dass noch jemand vom anwesenden Betriebsrat dazu spricht.

Der technische Bereich ist sehr wohl daran interessiert, nach langen Jahren des Verzichtes auf ein angemessenes Einkommen zurückgeführt zu werden. Für ihn stellt es sich so dar, dass auf unterer Ebene gestritten wird, Plauen gegen Zwickau, 2 Städte nochmals gegen die Landkreise und eine Beteiligung als Gesellschafter einfordern.

Auf längere Sicht werden wir es trotzdem unter den gegebenen Bedingungen nicht schaffen, allein ein produzierendes Mehrspartentheater zu erhalten, auch wenn sich die Landkreise beteiligen. Hier ist die Politik auf allen Ebenen gefragt.

Stadtrat Gerbeth glaubt, dass ein Nachverhandeln in diesem Jahr keine Ergebnisse mehr bringt. Die Kulturpaktmittel werden auch noch ausgereicht, wenn wir uns im Februar zusammenfinden.

Er denkt, dass man jetzt dieser Vorlage zustimmen kann. Ansonsten steht viel mehr auf dem Spiel.

Stadtrat Zabel kann vieles von Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, unterstützen insbesondere die Bedenken, die es auch in seiner Fraktion gibt. Er findet nach wie vor die Annahme des Kulturpakts und Nachverhandlungen wichtig.

Der entscheidende Punkt ist, dass gute sachliche Argumente in der Debatte etwas bewegen können. Er bittet Oberbürgermeister Oberdorfer auszuführen, inwieweit er die Annahme des Kulturpakts gefährdet sieht, wenn wir den Pkt. 1 übernehmen und den Punkt 2. verbinden würden mit der Aufforderung des Stadtrates zu einer Nachverhandlung.

Oberbürgermeister Oberdorfer erbittet sich bis morgen Bedenkzeit.

Stadtrat Schmidt: Die Ausführungen von Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik unterstreichen die Forderungen, die an diesem Tisch zutage gekommen sind. Aus Zwickau wird zu Recht in nichtöffentlicher Debatte verlangt, dass aus Plauen Signale kommen und Verhandlungsbereitschaft gezeigt wird.

Von Oberbürgermeister Oberdorfer hätte er erwartet, dass man noch mehr in die Debatte geht und

mit den Stadträten darüber spricht und letztendlich einen Verhandlungsgegenstand, eine neue Vision nach Zwickau sendet.

In der jetzigen Situation muss bis 18.12. eine Beschlussfassung erfolgen, da am 31.12. die Frist abgelaufen ist und zum 01.01. der Vertrag In-Kraft-Treten soll. Diese Situation hätte man ausräumen können.

Die Fraktion der CDU und die Fraktion DIE LINKE. haben sich ins Benehmen gesetzt und einen Vorschlag erarbeitet. Der Antrag wird morgen im Original vorliegen. Stadtrat Schmidt übergibt Oberbürgermeister Oberdorfer vorab eine Kopie.

In diesem Zusammenhang verweist Stadtrat Schmidt auf die Niederschrift vom Kultur- und Sportausschuss über freiwerdende Planungsmittel aus Investitionsmaßnahmen, die in Zukunft kommen könnten. 400 TEUR - das ist das Angebot, was von diesem Tisch/Ausschuss nach Zwickau gehen soll. Er bittet Herrn Hühner-Springmühl das mitzunehmen und darüber nochmals in die Debatte zu gehen, wohl wissend, dass es relativ zügig geschehen muss.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt dazu aus, dass in mehreren Stufen Gespräche stattfanden, regelmäßig in allen betreffenden Ausschüssen und mit Zwickau. In den letzten Wochen gab es auch Gespräche mit Frau Oberbürgermeisterin. Es ist bekannt, dass die Positionen ihrer Kollegen der Fraktionen in Zwickau klar sind.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert anhand einer Präsentation die finanzielle Situation in verschiedenen Jahresscheiben und merkt an, dass ohne Änderung der Anteile diese Summen einzustellen wären.

In 2 Jahren haben wir kein Förderprogramm mehr. Hier vorgetragene Vorschläge wie „hälftig“ wäre alles mit den Gewerkschaften zu verhandeln ebenso wie ein veränderter Haustarifvertrag. Die Annahme des Angebotes des Freistaates war bislang gewollt. Diese Vorschläge bringen sie heute das erste Mal.

Zu den zukünftigen Förderungen des Bundes merkt Oberbürgermeister Oberdorfer an, dass eine Umschichtung dieser Gelder erfolgen soll, um mehr Gelder für freiwillige Leistungen zur Verfügung zu haben. Wenn sie darauf bestehen, gefährden sie das ganze Programm. Die Bundesrepublik Deutschland stellt 25 Mio. EUR zur Verfügung, Co-finanziert durch den Freistaat Sachsen mit weiteren 25 Mio. EUR Landesmittel. Bisher sind das nur Äußerungen von politisch Verantwortlichen. Bis zum heutigen Tage liegt noch kein Schriftstück dazu vor. Sie verteilen schon Gelder, ohne dass ein Bescheid vorliegt. Kommendes Jahr wird ein reines Planungsjahr für die damit zu finanzierenden Projekte. Das ist ganz bewusst eine reine Investitionsförderung. Die Fördermittelgeber werden genau kontrollieren, ob die zusätzlichen Investitionen zur Stärkung als Oberzentrum eingesetzt werden.

Stadtrat Schmidt trägt zur Erläuterung seiner Ausführungen vor, dass die angesprochenen freiwerdenden Planungsmittel für Investitionen nur ein Gedankenspiel war.

Herrn Köhler, langjähriger Betriebsratsvors., hat das Thema Theater die letzten Jahre beschäftigt. Es gibt immer Probleme, die gab es schon im Jahr 2005. Das Land, der Freistaat sollen sich an den Fusionen beteiligen. Nun geschieht es tatsächlich. Jetzt stellt sich für ihn dar, dass wir wahrscheinlich, wenn wir so weitermachen, das einzige Theater im ländlichen Raum sind, was davon nicht profitiert. Wenn wir den Pakt nicht annehmen, 2020 aus dem Tarifvertrag austreten und einen neuen Tarifvertrag wollen, können wir wahrscheinlich keine Unterstützung von den Gewerkschaften erwarten, da wir den Pakt nicht abgerufen haben. Das darf auf keinen Fall passieren. Die Zwickauer Seite ist sich den hier vorgebrachten Bedenken bewusst. Das kam auch in den Gesprächen der Oberbürgermeister und den Fraktionen zum Ausdruck. Natürlich ist es eine große Veränderung hinsichtlich der Aufsichtsräte.

Letztendlich darf das den Pakt nicht zum Scheitern bringen. Er appelliert, die Belegschaft nicht zum Instrument zu machen. Zur Frage Zukunftskommission sollte man ins Gespräch kommen. Das Abrufen dieser Mittel kann nicht in den Januar verschoben werden.

Er würde es persönlich als einen großen Affront sehen, wenn alles was bisher an Gutem auf den Weg gebracht wurde, damit negiert wird.



Stadtrat Schmidt würde die Meinung von Herrn May erfragen, wie er die Situation einschätzt auch zu dem Vorschlag „hälftig“, den die Fraktion jetzt unterbreitet hat.

Oberbürgermeister Oberdorfer erteilt Herrn May als letzten Redner in der heutigen Sitzung das Wort.

Herr May: Es ist eine äußerst komplexe Gemengelage, die mehrere Komponenten beinhaltet. Was hier über Jahre gelebt und schon praktiziert wurde, ein Gesellschafter der solidarisch ist und die Angebote paritätisch sind.

Zwickau selbst sieht nicht, dass man in eine Situation kommen kann, gleichfalls eine solche Solidarität abrufen zu müssen. Ansonsten schließt er sich den Ausführungen von Herrn Köhler an, es als eine einmalige Chance zu sehen und den Kollegen die Möglichkeit zu geben, zu einem Flächentarifvertrag zurückzukommen.

Er würde dafür plädieren, nochmals alles zu versuchen und aufeinander zuzugehen.

Hier ist über Jahre viel erreicht worden und sollte nicht durch Leichtfertigkeit aufs Spiel gesetzt werden,

Oberbürgermeister Oberdorfer nimmt als Auftrag mit, Fortführung der Gespräche mit der Stadt Zwickau innerhalb des neuen Grundlagenvertrages und Verständigung auf Regeln zwischen kleinerem und größerem Partner.

**Keine Abstimmung erfolgt.**

#### **4. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

keine Anfragen

Oberbürgermeister Oberdorfer beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer  
Oberbürgermeister

Jörg Schmidt  
Stadtrat

Plauen, den 13.12.2018

Plauen, den

Winkler  
Schriftführer

Benjamin Zabel  
Stadtrat